



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Einbruch von Baugenehmigungen: BFW-Präsident fordert Taten statt Worte**

**Berlin, 15.03.2018. „Der Einbruch der Baugenehmigungszahlen lässt befürchten: Wohnraum wird künftig noch knapper und die Schlangen bei den Wohnungsbesichtigungen noch länger. Jetzt brauchen wir Taten statt Worte – und zwar auf allen politischen Ebenen“, forderte BFW-Präsident Andreas Ibel angesichts der heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen 2017.**

Im vergangenen Jahr wurde der Bau von insgesamt 348.000 Wohnungen genehmigt. Dies entspricht einem Rückgang von 7,3 Prozent. 2016 war noch ein Anstieg von 20 Prozent verglichen mit 2015 verzeichnet worden. Die Zahl der Baugenehmigungen von Neubauwohnungen in Wohngebäuden ist 2017 um 5,3 Prozent auf 306.000 gesunken.

„Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Sonder-AfA, Baulandmobilisierung und die energetische Gebäudesanierung: All das muss jetzt schleunigst in einfache Regelungen im Gesetzespaket zur Wohnraumoffensive umgesetzt werden“, forderte Ibel. „Darin muss auch die Entschlackung und Flexibilisierung des Ordnungsrechts angepackt werden, damit Bauen schneller und einfacher und Wohnen wieder günstiger wird. All das darf nicht wieder im Streit zwischen den politischen Akteuren untergehen!“

„Der Wohnungsgipfel kann nur der erste von vielen Schritten sein“, betonte Ibel. „Wir brauchen einen verpflichtenden Fortschritts-Check, damit sich die Bundesregierung an ihren Ankündigungen messen lassen kann.“ Vorbild hierfür könne die Organisation von Bauprozessen sein: Dort stimmen alle Gewerke unter Leitung eines Bauherrn regelmäßig ihre Tätigkeiten ab und vermerken die Bau-Fortschritte in einem sogenannten Bautenstandsbericht.

„Beim Bauen reicht es nicht, sich nur bei der Grundsteinlegung abzustimmen. Genauso wenig reicht es bei der Wohnungspolitik, sich nur auf einem Wohnungsgipfel zusammzusetzen“, sagte Ibel. „Das Monitoring durch einen verpflichtenden Fortschritts-Check könnte sicherstellen, dass die Ankündigungen auch umgesetzt werden und die beteiligten Ressorts nicht gegeneinander, sondern Hand in Hand arbeiten. Nur so schaffen wir eine Trendwende bei den Baugenehmigungen!“

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Woh-

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin

[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

nungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin

[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)